

# DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Rheinland-Pfalz • www.die-linke.de

## Frieden

**Abrüsten!  
Waffenexporte  
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

### Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

### Für eine bessere Wohnungspolitik

In der Stadt sind Mieten zu hoch, auf dem Land stehen Häuser leer. **Seite 5**

### Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

### Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

### Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



### Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

### Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

### Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärssteuer einzuführen. **Seite 12**

**Gute Gewinne sind möglich**

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**



Interview Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

## Gerechtigkeit ist wählbar!

### Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

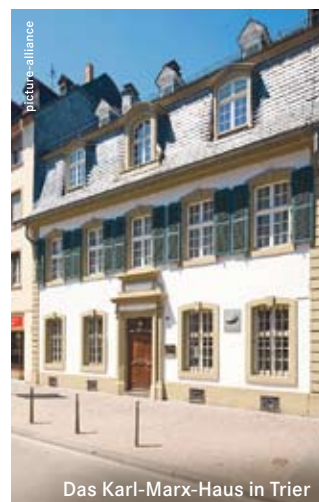
und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs



Das Karl-Marx-Haus in Trier

## Starke Kraft im Bundestag

Mindestlohn und Abschaffung der Praxisgebühr sind nur zwei der Erfolge der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Auch bei prekärer Beschäftigung, Minirenten und der sanktionsfreien Mindestsicherung statt Hartz IV wird nur DIE LINKE für Fortschritte sorgen. Berlin ist weit weg von Rheinland-Pfalz – aber die Beschlüsse im Bundestag wirken unmittelbar auf unser Land: Die Autobahnmaut, die neben unseren Bundestagsabgeordneten Katrin

Werner und Alexander Ulrich auch alle anderen Mitglieder der Linksfraktion abgelehnt haben, ist nur eines der jüngeren Beispiele. Immer wieder kritisiert DIE LINKE die von SPD und CDU durchgepeitschten Rentenverschlechterungen und macht Alternativvorschläge: für eine Rentenversicherung, die nicht privatisiert wird und in die alle einzahlen.

Wie die übergroße Mehrheit der Rheinland-Pfälzer lehnen wir als LINKE die weltweiten Kriegsein-

sätze der Bundeswehr ab. Das werden wir auch künftig tun. Denn Krieg schafft keinen Frieden, keine Sicherheit und keine Perspektive. Deswegen wollen wir Waffenexporte stoppen, die Drohneneinsätze beenden, die vom US-Stützpunkt Ramstein aus gesteuert werden, und die Atombomben aus Büchel endlich abziehen und vernichten. Sozial, gerecht und friedlich – dafür steht DIE LINKE im Bundestag. **Schwerpunkt Rheinland-Pfalz auf den Seiten 5 bis 8**



Katja Kipping und Bernd Riexinger

### Liebe Wählerinnen und Wähler,

*DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.*

*Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE*

# Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

**Familien** soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

**Alleinerziehende** tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

**Erwerbstätige** sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

**Erwerbslose** brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

**Mieterinnen und Mieter** sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

**Rentnerinnen und Rentner** hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

**Pflegekräfte** sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

**Studierende** sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: [www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm](http://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm)

## Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

### DIE LINKE will

- 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
- Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
- mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
- Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

# »Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

## Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

**Sahra Wagenknecht:** Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

## Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

**Wagenknecht:** In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

**Dietmar Bartsch:** Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

## Worin besteht dieser?

**Bartsch:** Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

## Wie kann das gelingen?

**Wagenknecht:** Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

**Bartsch:** Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

**Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...**

**Bartsch:** ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

## Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

**Wagenknecht:** Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

**Bartsch:** Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«  
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

## Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

**Wagenknecht:** Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

**Bartsch:** Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

## Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

**Bartsch:** Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

## Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

**Wagenknecht:** DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

**Bartsch:** Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



**Dietmar Bartsch,** geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



**Sahra Wagenknecht,** geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

## Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



## Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

# »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

**Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren.** »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

**Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll:** Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

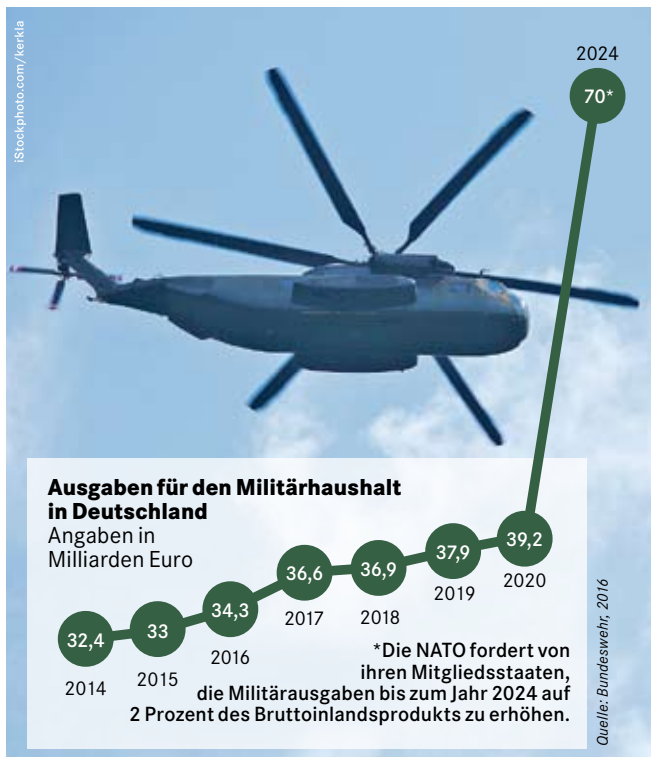
»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

**Der Mann wird einfach noch gebraucht.** In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

**DIE LINKE will**  
 ■ die EU neu starten:  
 mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



## Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

**DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden.** »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.



## Verfehlte Wohnungspolitik

In der Stadt sind Mieten unbezahlbar, auf dem Land stehen Häuser leer

Die Mieten in Mainz und vielen anderen Städten steigen immer stärker. Viele Menschen können sich das nicht leisten. Sie werden in Randbezirke verdrängt. Gleichzeitig stehen auf dem Land Wohnungen und Häuser leer. Wie kommt das? **Jahrzehntlang haben Bund und Länder den Bau von Wohnungen vernachlässigt und günstige Mietwohnungen an Spekulanten verscherbelt.** Jetzt fehlen bundesweit min-

destens 750 000 Wohnungen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen. Auf dem Land können oder wollen viele nicht wohnen. Ohne Auto kommen Beschäftigte von dort nicht zur Arbeit. Auf etlichen Strecken fahren keine Busse oder Bahnen. Die Verbindung zum Internet ist schlecht. Die Infrastruktur in ländlichen Regionen muss verbessert werden. Wer dort ein Haus hat, wird es nur zu Dumpingpreisen ver-

kaufen können – wenn überhaupt. Gleichzeitig steigen die Preise für Wohnraum in großen Städten. Die Landeshauptstadt Mainz liefert zahlreiche Negativebeispiele für verfehlte Wohnungspolitik: Wegen der Erschließung des Mainzer Zollhafens in der Neustadt mit Luxuswohnungen dreht sich die Mietpreisspirale in Mainz immer schneller. Für die hohen Mieten trägt auch das städtische Unternehmen Wohnbau große

Verantwortung. Bis zum Jahr 2020 will die Stadtverwaltung 6 500 neue Wohnungen bauen. Immerhin. Aber: Allein in Mainz fehlen mehr als 15 000 Sozialwohnungen. **DIE LINKE fordert ein Wohnungsbauprogramm, das mietpreisgebundene Wohnungen in öffentlicher oder genossenschaftlicher Trägerschaft fördert** – und nicht Spekulanten und Miethaien finanziert. DIE LINKE will, dass privatisierte Mietwohnungen

und Wohnungsbaugesellschaften zurückgekauft werden. Für die Finanzierung müssen Bund und Länder einen Rekommunalisierungsfonds einrichten. Und: Der Verkauf kommunaler Grundstücke muss ein Ende haben. Mainz ist nur ein Beispiel für viele Städte in Rheinland-Pfalz, die unter explodierenden Mieten leiden. Wohnen ist ein Menschenrecht – es ist die Aufgabe der Politik, diesem Recht Geltung zu verschaffen!

## Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen

Kinder aus Arbeiterfamilien müssen die gleichen Chancen bekommen wie der Akademikernachwuchs

Die Kinder wohlhabender Eltern haben beste Chancen, die Kinder armer Eltern bleiben außen vor: Immer weniger Kinder aus Arbeiterfamilien erlangen die Hochschulreife oder werden Akademiker. Gleiche Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit sind auch im 21. Jahrhundert in Deutschland leere Worthülsen geblieben. Schlimmer noch: Zukunftsperspektiven, gesichertes Einkommen und Karriere werden in Deutschland quasi vererbt. Noch nie ging es bei Bildung und Ausbildung so wenig um Talent und Fleiß und so stark um die soziale Herkunft: Akademiker und Besserverdienende bleiben unter sich.

Die Kosten für Bildung sind von Menschen mit geringem Einkommen kaum zu tragen, Unterstützungsleistungen sind zu gering. Dazu kommen offene und versteckte Studiengebühren und ein viel zu geringes BAföG. **Das reiche Deutschland spart an der Bildung. Seit Langem werden Schul- und Hochschulgebäude nicht mehr saniert.** Es mangelt an der Sachausstattung und Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer. Die sollen immer mehr Aufgaben übernehmen. Neue Stellen aber gibt es kaum. Die skandinavischen Länder machen seit Jahrzehnten vor, wie Bildung ohne soziale Auslese funktioniert. Sie liegen in den Bil-

dungsvergleichen immer vorne. Es ist unstrittig, dass dies den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert, statt ihn zu zerstören. In fortschrittlichen Ländern ist das gegliederte Schulsystem abgeschafft. Dort werden integrative Schulformen bevorzugt. Vor allem CDU und FDP blockieren solche Fortschritte. DIE LINKE will eine Schule für alle: eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Wir wollen inklusive Schulformen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Die Gemeinschaftsschule hat einen hohen Anspruch, fördert Stärken und gleicht Nachteile aus. Sie ist

ganztätig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie wirken zusammen. Dafür sollen bundesweit einheitliche Qualitätsstandards gelten, und die Schulen sollen auf dem neuesten Stand der Pädagogik arbeiten. **DIE LINKE fordert die Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern, das eine länderübergreifende Zusammenarbeit und vergleichbare Bedingungen verhindert.** Stattdessen wollen wir Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern. Gute Bildung und Ausbildung gibt es nur durch einen Politik-

wechsel: Reiche und gut verdienende Unternehmen müssen mehr Steuern zahlen, damit das Allgemeinwohl finanziert werden kann. Die Wählerinnen und Wähler haben es am 24. September in der Hand. Deshalb: DIE LINKE!

### DIE LINKE fordert

- Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni
- Kostenloses Mittagessen in Kitas
- Standards und Abschlüsse sollen bundesweit vergleichbar sein
- Bund und Länder sollen bei der Bildung zusammenarbeiten

## Pflege betrifft alle!



Liebe Wählerinnen und Wähler,

es herrscht Fachkräftemangel in der Pflege. Das haben Sie bestimmt schon mal gehört. Aber wer nicht selbst betroffen ist, weiß oft nicht, was das konkret bedeutet: zu wenige Fachkräfte, zu wenig Geld – das heißt Hilfslosigkeit

für die, die Hilfe brauchen. Im Gesundheitswesen geht es nicht nur um »ein paar fehlende Fachkräfte«. Weil in den nächsten 15 Jahren die Zahl der Pflegebedürftigen von 2,6 auf 3,5 Millionen wächst, werden weitere 320 000 Fachkräfte fehlen. Damit aus der Pflege nicht nur Verwahrung wird, muss heute gegengesteuert werden. **Pflege muss sich an menschlichen Bedürfnissen orientieren, nicht an Abrechnungsplänen.** Schon heute gibt es in den meisten Kliniken und Seniorenzentren viel zu wenige Pflegefachkräfte. Es werden immer mehr ungelernete Pflegehelfer und Quereinsteiger

eingesetzt, oft zum Mindestlohn ausgebeutet. Meist treffen diese prekären Arbeitsbedingungen Frauen. Der steigende Kostendruck geht zu Lasten der Bewohnerinnen und Bewohner und der Beschäftigten: Pflege ist schon lange kein Dienst am Menschen mehr, sondern ein Kostenfaktor. Fachkräfte werden mit immer mehr Verwaltungsaufgaben belastet. Fast 60 Prozent der Arbeitszeit gehen dafür drauf. Der Kontakt mit Patienten und Bewohnerinnen leidet. Arbeitnehmervertreter berichten von Pflegekräften, die menschlich pflegen



wollen – und dafür bestraft werden: mit viel mehr Arbeit, als sie in der bezahlten Zeit erledigen können – so lange, bis die Kolleginnen oder Kollegen funktionieren oder gehen. DIE LINKE findet sich damit nicht ab: Wir wollen mehr Personal und mehr Zeit für die Menschen. Wir wollen menschliche Pflege und keine betriebswirtschaftlich optimierte Menschenverwahrung.

**Stefan Heyde** arbeitet in der Pflege und ist pflegepolitischer Sprecher der LINKEN in Mainz.

## Beispiel Pirmasens: LINKS wirkt

### Direkt, kompromisslos ehrlich, fair im Umgang und hart in der Sache

Ob es um ungedeckte Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Beziehende, um Verkehrslärm, Gebührengerechtigkeit oder um Gesundheitsgefährdung durch Klärschlammverbrennung geht: DIE LINKE in Pirmasens macht Dampf in allen Gassen, treibt den Stadtrat vor sich her und hat immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Menschen.

Als parlamentarischer Arm der außerparlamentarischen Bewegung engagiert sich DIE LINKE in Bürgerinitiativen. Sie ist stets präsent, wenn die Luft mal wieder brennt, und konfrontiert die anderen Parteien mit den berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger: direkt, kompromisslos ehrlich, fair im Umgang und hart in der Sache. Dieses Engagement zeigt Wirkung. Brigitte Freihold, Vorsitzende des Stadtverbands und Direktkandidatin zur Bundestagswahl, und Frank Eschrich, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat, sind in Pirmasens bei den Menschen gefragt und bei der politischen Konkurrenz gefürchtet. Auch aus der Opposition heraus tragen soziale Politik, ökologisches Bewusstsein und Einsatz für Bürgerrechte Früchte: Das unsinnige Großprojekt »Stadtgalerie« wurde beendet und das gescheiterte Stadtentwicklungskonzept wird neu ausgeschrieben. Die geplante Klärschlammverbrennungsanlage wird nicht gebaut und die längst überfällige Lärmaktionsplanung endlich angegangen. Die soziale Schiefelage in der Stadt, die verheerende Kinderarmut, Arbeitslosigkeit, Ärztemangel und Pflegenotstand, das Versagen in der Schulpolitik und im Gebäudemangement, die ungelöste Schuldenlast der öffentlichen Hand, die Mangelverwaltung beim öffentlichen Nahverkehr und bei der öffentlichen Daseinsvorsorge werden von der LINKEN auf die politische Agenda gesetzt. DIE LINKE unterbreitet Lösungsvorschläge und praktische Hilfsangebote, wo andere zuschauen oder längst aufgegeben haben. Unser Erfolg beruht auf Initiativen, Anträgen und Anfragen der LINKEN im Stadtrat, ist Ergebnis von Bürgersprechstunden, Ortsterminen und Anregungen: für die Menschen in unserer Stadt und in unserem Land. DIE LINKE wirkt!

### Kontakt

DIE LINKE Rheinland-Pfalz  
Gärtnergasse 24  
55116 Mainz  
Telefon: 06131/23 79 45  
www.die-linke-rlp.de



Drehscheibe für Truppen-, Material- und Waffentransporte der US-Armee: die Air Base Ramstein

# Die Pfalz muss friedlich werden

Von ihrem wichtigsten europäischen Stützpunkt Ramstein aus führen die USA Krieg

Die amerikanische Air Base Ramstein ist die logistische Drehscheibe für Kriegseinsätze in aller Welt: Material und Soldaten gehen von hier aus in den Krieg, die Killerdrohnen werden von hier gesteuert. Verletzte und getötete Soldaten kehren hierhin zurück. Die Bundesregierung beteiligt sich gerade mit 130 Millionen Euro an dem Bau eines US-Militärhospitals. Man könnte alle, die von der amerikanischen Präsenz in der Pfalz profitieren, als Kriegsgewinnler beschimpfen. Aber in Wahrheit ist die Region seit Jahrzehnten von der Air Base abhängig gemacht worden. Die Arbeitnehmer auf der Air Base ebenso wie Geschäfte, Handwerker und

die umliegenden Gemeinden: Sie alle können nichts für die Entscheidungen in Washington und Berlin. Für sie muss es eine Lösung geben, wenn die Air Base eines Tages geschlossen werden soll. **DIE LINKE fordert deshalb seit Langem ein Programm zur wirtschaftlichen Stärkung unter zivilen Vorzeichen.** Fachleute nennen den Wandel »Konversion«. An vielen ehemaligen Bundeswehrstandorten ist ein solcher Prozess erfolgreich verlaufen. Tatsächlich ist jeder Euro, der so investiert wird, volkswirtschaftlich wesentlich ertragreicher als die Investition in Militärtechnik und -standorte. Für einen Erfolg der Konversion bringen Kreis und

Stadt Kaiserslautern einiges mit: eine gute Verkehrsanbindung, viele sehr gut ausgebildete Menschen, geballtes Wissen durch Universität, Fachhochschule und die Institute rund um die Universität. Es gibt viele gut ausgebildete und erfahrene Handwerker und Industriearbeiter, viele Geflüchtete aus den Kriegsgebieten warten auf ihre Chance, bei uns einen neuen Anfang zu machen. Der Wandel vom »größten Flugzeugträger der USA« zu einer pulsierenden Wirtschaftsregion ist machbar und bietet nachhaltige Chancen für die Zukunft. Und am Ende wäre die Air Base Ramstein als Arbeitgeber überflüssig – so buchstabiert sich ein Demilitari-

sierungskonzept, das die Menschen vor Ort mitnimmt. Und nicht zuletzt würde das unsere Region auch umweltpolitisch voranbringen: **Der teilweise unerträgliche Lärm der Militärflyer, die Belastung durch Kerosin und die Enteisung von Flugzeugen, der hemmungslose Flächenverbrauch durch militärische Liegenschaften – all das würde der Vergangenheit angehören.** Schritt für Schritt und im Gespräch mit den Verbänden des Handels, der Landwirtschaft, des Einzelhandels und mit den Gewerkschaften könnte daraus eine Erfolgsgeschichte für die Pfalz werden – und ein bisschen mehr Frieden für die Welt Realität.

# Kein Gewinnerthema

DIE LINKE klärt mit Ausstellung über häusliche Gewalt gegen Frauen auf

Im Jahre 2015 wurden so viele Frauen wie noch nie Opfer häuslicher Gewalt. Das belegt die offizielle Kriminalstatistik. Täter ist in der Regel ein Mann, fast immer der Partner. Die Zahlen zeichnen ein schockierendes Bild: So wurden mehr als 127 000 Personen pro Jahr Opfer von Straftaten im häuslichen Umfeld. 82 Prozent der Betroffenen waren Frauen. Und die Zahl der Gewalttaten steigt. **Im Jahr 2015 gab es 5,5 Prozent mehr Gewalttaten in der Partnerschaft als 2012.** Dabei ist davon auszugehen, dass aufgrund der noch immer starken Tabuisierung und geringer Anzeigebereitschaft die Dunkelziffer weitaus höher ist. Jede vierte Frau in der Bundesrepublik ist oder war von häuslicher Gewalt betroffen, so eine Studie des Bundesfamilienministeriums. In jeder fünften Paarbeziehung wird Gewalt ausgeübt. Für Frauen ist häusliche Gewalt die häufigste Ursache von Verletzungen. Anders gesagt: Das eigene Zuhause ist für Frauen der gefährlichste Ort. Die Wanderausstellung gegen partnerschaftliche Gewalt, ein Gemeinschaftsproj-

jekt von Sarah Buddeberg, LINKEN-Abgeordnete im Sächsischen Landtag, und Cornelia Ernst, Abgeordnete der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, hat das Thema in Rheinland-Pfalz in den Fokus gerückt. »Wir wollen über Ursachen und Folgen von Gewalt innerhalb von Partnerschaften aufklären«, sagt Cornelia Ernst. Die Abgeordneten suchen Verbündete im Kampf gegen Angriffe auf Frauen. Bei der ersten Station in Mainz formulieren Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern Forderungen: **In Rheinland-Pfalz gibt es zu wenige Frauenhäuser, sie werden schlecht finanziert.** DIE LINKE wird das Thema bei den kommenden kommunalen Haushaltsberatungen in den Mittelpunkt stellen. Auch bei der Linksfraktion in Trier macht die Ausstellung Station. In der Volkshochschule findet eine Diskussion mit Vertreterinnen des Jugendamtes und des Vereins *Contra häusliche Gewalt* statt. Dann geht es nach Luxemburg. Mit von der Partie sind hier Kathrin Meß, Kreistagsabgeordnete aus Trier-Saarburg, und die luxemburgische

Schwesterpartei Déi Lénk. **Die Vertreterinnen von Femmes en détresse erläutern das luxemburgische Konzept zur Bekämpfung häuslicher Gewalt: öffentliche Wahrnehmung, Selbstorganisation und erheblich mehr Geld.** »In Erinnerung ist mir vor allem ein Gespräch geblieben«, berichtet Sarah Buddeberg. Ein Passant sagte, häusliche Gewalt

sei für Parteien ja kein »Gewinnerthema«, kein Thema, das in der Gesellschaft wahrgenommen wird. »Genau deshalb ist es so wichtig, das Problem sichtbar zu machen«, betont sie. »Als Partei DIE LINKE sprechen wir auch unliebsame Themen an. Wir kämpfen für eine gewaltfreie Gesellschaft, das ist unser Ziel und zwar ohne Wenn und Aber.«



Tafeln der Ausstellung »Hinter verschlossenen Türen«

# Mehr Geld für Städte und Gemeinden

Schwimmbäder zu, Büchereien geschlossen: Die Kommunen brauchen mehr Finanzmittel

Ludwigshafen, Trier und Mainz, der Kreis Neuwied und Kaiserslautern-Land: Wie sie sind die meisten Kommunen in Rheinland-Pfalz hoch verschuldet. Das wollte die Landesregierung angeblich ändern – und ist damit krachend gescheitert. Im Schwimmbad wird das Wasser abgelassen, die Bücherei schließt die Tore. Kaputte Straßen werden nicht repariert, in den Schulen bröckelt der Putz von der Decke. So oder ähnlich sieht es seit vielen Jahren in den Städten und Kreisen des Landes aus. Die Hauptgründe dafür: Die Bundesregierung will Reiche und gut verdienende Unternehmen nicht mit Steuern belasten –

und hat deswegen kein Geld für die Länder. Und die Landesregierung finanziert lieber Millionengräber wie den Nürburgring oder den Flughafen Hahn, statt den Kreisen und Städten das Geld zu geben, das ihnen laut Landesverfassung eigentlich zusteht. Und auch wenn mittlerweile das Verfassungsgericht geurteilt hat, dass dies gegen geltende Gesetze verstößt – bisher hat sich nichts Grundlegendes geändert. **DIE LINKE fordert seit Langem, dass Bund und Land zumindest vollständig für die Erfüllung solcher Aufgaben zahlen, die sie selbst den Kommunen aufbürden.**

Und dann sind da noch die kommunalen Altschulden, teilweise in dreistelliger Millionenhöhe. Die will die Landesregierung mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds abbauen. Gerade hat der Landesrechnungshof festgestellt, dass daraus nichts wird. Vielmehr steigt die Verschuldung immer weiter an. Und schlimmer noch: Die Landesregierung, jetzt eine Ampel aus SPD, FDP und Grünen, schaut tatenlos zu. Die Aufsichtsbehörde unternimmt ebenfalls nichts. Am Ende zahlen die Menschen die Zeche: Schwimmbäder ohne Wasser, geschlossene Bibliotheken, keine Hilfe bei der Integration von Geflüchteten aus den

Kriegsgebieten dieser Welt. **Bei der Bundestagswahl geht es auch darum, unsere Städte und Gemeinden wieder mit dem Geld zu versorgen, das nötig ist,** um Theater und Kultur, Sozialberatung und Ferienfreizeit, sozialen Wohnungsbau und Straßenreparaturen zu bezahlen. Freiwillig werden CDU, SPD, Grüne und FDP daran nichts ändern. Sonst hätten sie es ja längst getan. Und die AfD ist vor allem eine Alternative für Reiche und Nazis: Weniger Sozialstaat, mehr Nationalismus. Wer handlungsfähige Städte und Gemeinden will, der muss DIE LINKE wählen. Am 24. September.



**Proudly presenting**

**Die Linksjugend [solid] Rheinland-Pfalz**

Wir sind die Linksjugend [solid] Rheinland-Pfalz. Was wir so machen? Ausbeutung von Mensch und Natur beenden, Nazis keinen Meter lassen und die Jugend organisieren. Na ja, zumindest arbeiten wir daran.

Wir wollen Schluss machen mit Ausnahmen vom sowieso schon unzureichenden Mindestlohn für Auszubildende, wir wollen ein elternunabhängiges BAföG, das zum Leben reicht, und perspektivisch wollen wir den Kapitalismus überwinden.

Wie wir daran in Rheinland-Pfalz arbeiten? Zum einen sind wir für Aktionen stets zu haben. Unsere Mitglieder sind dabei, wenn der Fliegerhorst in Büchel, Standort von Atomwaffen, blockiert wird. Wo immer Nazis und andere Rechte auftauchen, sind unsere Mitglieder nicht weit, um Widerstand zu leisten. Auch Streiks und andere soziale Kämpfe unterstützen wir regelmäßig.

Bei Diskussionen an Schulen sind wir bereit, unsere politischen Gegner zu stellen, bleiben aber auch klar dabei: Mit Faschisten diskutiert man nicht! Nebenbei sind wir der Ansicht, eine gute Praxis benötigt plausible Analysen und das nötige Wissen. Unser jährliches Bildungswochenende voller Workshops und Diskussionen ist ein voller Erfolg über Verbandsgrenzen hinaus. Auch du bist herzlich eingeladen, nächstes Jahr dabei zu sein.

Wenn du bei uns mitmachen möchtest, nimm Kontakt zu deiner nächsten Basisgruppe auf oder schreib uns unter: [sprecherinnen@linksjugend-solid-rlp.de](mailto:sprecherinnen@linksjugend-solid-rlp.de) und besuche uns unter [linksjugendsolidrlp.de](http://linksjugendsolidrlp.de). Und weil wir weiterhin eine starke Kraft im Parlament haben wollen, die uns bei unseren Aktionen unterstützt und eine Perspektive jenseits von Leiharbeit, Lernfabriken und anderen Problemen des kapitalistischen Alltags aufweist, rufen wir dich dazu auf: Wähle DIE LINKE!

**Kontakt Linksjugend:**  
sprecherinnen@  
linksjugend-solid-rlp.de

# Eine Schule für alle

Mit mehr Lehrkräften statt Stellenstreichungen ist Inklusion machbar



Marode Schulgebäude, Lehrerinnen und Lehrer, die weit über ihre Grenzen gehen, zu große Klassen und viele Stunden Unterrichtsausfall – in den vergan-

genen Jahren hat sich die Situation in Rheinland-Pfalz weiter verschlechtert. Statt Schülerinnen und Schüler besser zu fördern, wie es die Landesregie-

rung versprochen hat, sollen nun weitere 300 Lehrerstellen gestrichen werden.

Die bildungspolitischen Herausforderungen sind so nicht zu bewältigen. **Dabei sind die Schülerzahlen im Jahr 2016 erneut gestiegen. Geflüchtete Kinder werden für weiteren Zuwachs sorgen, und auch die Geburtenzahlen sind in den letzten Jahren wieder gestiegen,** sodass künftig mit stärkeren Jahrgängen gerechnet werden muss. Bereits jetzt klagen viele Schulen über einen gravierenden Lehrermangel.

Hinzu kommt, dass alle Kinder und Jugendlichen das Recht auf einen Platz an einer allgemeinbildenden Schule haben – so steht es in der UN-Behindertenrechtskonvention: Eine Schule für alle, in der alle Kinder von Anfang an gemeinsam

miteinander und voneinander lernen, ist aber nur möglich, wenn dazu das nötige Geld bereitgestellt wird. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Schule für alle zur Wirklichkeit wird. Dafür muss sich der Bund finanziell deutlich stärker beteiligen. Wir wollen das Kooperationsverbot, das eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Bildungsfragen verbietet, aufheben. **Damit Gebäude saniert und barrierefrei umgestaltet und Lehrpersonal eingestellt werden kann, wollen wir mehr Geld in Bildung investieren.** Darüber hinaus braucht unser Land ein Bildungsrahmengesetz, das Standards für Personal und Ausstattung im ganzen Land festschreibt. Nur so ist gute Bildung flächendeckend für alle Kinder und Jugendlichen möglich.

# Schulterschluss beim Frühstück

In der Mainzer Landesgeschäftsstelle der LINKEN gibt es eine kostenlose Beratung für Erwerbslose

Praktische Hilfe für Betroffene – das ist seit 2011 das Ziel des Vereins LINKE HILFE Mainz (LHM). Entstanden ist der Verein aus dem monatlichen Erwerbslosenfrühstück der Mainzer LINKEN. Mittlerweile ist die LHM eigenständig und gut beschäftigt.

»Irgendwann war der Zuspruch so groß, dass wir uns entschieden haben, einen Verein zu gründen«, so Max Müller, Vorsitzender des Vereins: **»Der Kampf gegen Hartz IV und die sofortige Hilfe für die Betroffenen braucht viele Partnerinnen und muss auf vielen Feldern geführt werden:** Einerseits juristisch im Einzelfall, andererseits politisch für die ganze Gesellschaft. Deshalb werben wir für den Schulterschluss der Betroffenen und gesellschaftlich aktiven Grup-

pen und Menschen. Wir hoffen, dass noch viele weitere Vereine dieser Art entstehen.«

Heute gibt es in Mainz deshalb nicht nur eine wöchentliche Beratung in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN – es ist auch beim monatlichen Frühstück geblieben: »Direkte und unbürokratische Hilfe bei akuten Problemen ist wichtig«, sagt Max Müller. Aber auch der Austausch zwischen den Betroffenen und die Sensibilisierung für das Thema Hartz IV seien notwendig. Für viele Menschen ist Hartz IV Lebensrealität. Viele Menschen haben den Druck und die Sanktionen akzeptiert. »Aber die Hartz-Gesetze kann man ändern – zum Wohle der Betroffenen und vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter, die oft-

mals sanktionieren müssen, auch wenn sie das selbst eigentlich nicht wollen. Es ist uns ein gesellschaftliches Anliegen, das wir mit der LINKEN weiterhin teilen«, erklärt Max Müller.

»Aus diesem Grund wünschen wir uns, dass die Belange der Menschen, die nicht arbeiten (können), auch weiterhin eine starke Stimme im kommenden Bundestag haben.«



## LINKE-Kandidatinnen und -Kandidaten in den Wahlkreisen

WK197 – Neuwied

### Jochen Bülow

52 Jahre, Kreistagsmitglied  
Neuwied

WK198 – Ahrweiler

### Marion Morassi

51 Jahre, Kreisvorsitzende DGB

WK199 – Koblenz

### Ulrich Lenz

56 Jahre, Kreistagsmitglied  
Rhein-Lahn

WK200 – Mosel/Hunsrück

### Alexandra Erikson

48 Jahre, Kreistagsmitglied  
Rhein-Hunsrück

WK201 – Kreuznach

### Direktkandidatin

### Manuela Holz

52 Jahre, Landesvorstandsmitglied

WK202 – Bitburg

### Katharina Penkert

30 Jahre, Kauffrau im Einzelhandel

WK 203 – Trier

### Direktkandidatin

### Katrin Werner

44 Jahre, Abgeordnete im Bundestag

WK204 – Montabaur

### Martin Klein

58 Jahre, Kreistagsmitglied  
Westerwald

WK205 – Mainz

### Martin Malcherek

52 Jahre, Rechtsanwalt

WK206 – Worms

### Sebastian Knopf

39 Jahre, Stadtrat in Worms

WK207 – Ludwigshafen/  
Frankenthal

### Gerald Unger

71 Jahre, Kreisschatzmeister  
Ludwigshafen

WK208 – Neustadt/Speyer

### Maximilian Keck

19 Jahre, Schüler

WK209 – Kaiserslautern

### Alexander Ulrich

46 Jahre, Abgeordneter im Bundestag

WK210 – Pirmasens

### Brigitte Freihold

62 Jahre, Stadträtin in Pirmasens

WK211 – Südpfalz

### Simon Bludovsky

40 Jahre, Mitarbeiter im Großhandel

# Sozial, auch nach der Wahl

Alexander Ulrich und Katrin Werner über LINKEN-Politik im Bundestag



**Für ein sozialeres, friedlicheres und demokratischeres Land – dafür treten die rheinland-pfälzischen Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN zum Bundestag an. Ein Interview mit Alexander Ulrich (Listenplatz 1) und Katrin Werner (Listenplatz 2):**

**Sie sind beide im Bundestag. Was hat das den Wählerinnen und Wählern gebracht?**

**Alexander Ulrich:** Wir sind Mitglieder der stärksten Oppositionsfraktion und wir haben vielen Forderungen Gehör verschafft, die sonst nie und nimmer Thema geworden wären. Zum Beispiel Mindestlohn und Praxisgebühr: Den Mindestlohn gibt es nur wegen der LINKEN, die Praxisgebühr haben wir so lange kritisiert, bis die Regierung eingelenkt hat. Aktuell geht es darum, die Städte und Kreise in Rheinland-Pfalz besser zu finanzieren. Bund und Land stellen ständig neue Aufgaben, wollen dafür aber nicht zahlen.

**Katrin Werner:** Das merken die Menschen vor Ort, wenn Schwimmbäder geschlossen und viele kommunale Angebote weggespart werden. Und wir haben auch im NSU-Unter-

suchungsausschuss und bei der Diskussion über Mietobergrenzen Pflöcke eingeschlagen. Bei fast allen Themen ist es so, dass die Große Koalition schon deswegen nicht so unsozial und bürgerfeindlich sein kann, wie sie vielleicht wollte: Die Linksfraktion ist wach und aktiv.

**Wie wollen Sie verhindern, dass die SPD mal wieder Erfolg damit hat, links zu blinken und nach der Wahl rechts abzubiegen?**

**Katrin Werner:** Es gilt die alte Wahrheit: Je stärker DIE LINKE, umso sozialer das Land. Ich mache mir keine Gedanken darum, was man tun könnte, um die SPD zu sozialen Fortschritten zu bewegen. Das ist müßig. Wir stehen als DIE LINKE für die Erhöhung des Mindestlohns, die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung statt der Hartz-IV-Knute, und wir wollen Kriegseinsätze der Bundeswehr und die Drohneneinsätze über Ramstein beenden. Wer das und den Abzug der Atombomben aus Büchel will, muss DIE LINKE wählen. Und natürlich lehnen wir die milliarden schwere Aufrüstung der Bundeswehr ab: Das ist das Geld, das uns in den Schulen und Kindertagesstätten fehlen wird.

**Alexander Ulrich:** Martin Schulz und die SPD haben in den letzten Jahren bewiesen, dass sie die Interessen abhängig Beschäftigter, der Rentnerinnen und Rentner und Auszubildenden, der Schüler und Studentinnen nur vor der Wahl auf dem Schirm haben – danach werden Kürzungen beschlossen. Die SPD begründet all das mit Koalitionsdisziplin und Sparzwängen. Es ist Wählertäuschung, wenn Martin Schulz die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen will, die SPD-Fraktion im Bundestag aber jeden Antrag zu dem Thema ablehnt – zuletzt an demselben Tag, an dem Schulz die Forderung erhoben hat.

**Bisher hat nur DIE LINKE ein schlüssiges Steuerkonzept vorgelegt. Worum geht es dabei?**

**Alexander Ulrich:** Wir wollen niedrige und mittlere Einkommen stark entlasten – und sehr hohe Einkommen und Firmengewinne deutlich höher besteuern als bisher. Dazu gehört auch, dass sehr große Erbschaften und Vermögen wieder höher besteuert werden. Die meisten Menschen würden davon profitieren. Aber der Widerstand von CDU, SPD, Grünen und FDP ist groß.

**Katrin Werner:** Klar ist dabei, dass Menschen mit kleinem Einkommen von Steuersenkungen nur sehr wenig profitieren – sie bezahlen ja nur relativ geringe Steuern auf ihr Einkommen. Menschen mit kleinem Einkommen würde es nützen, die Mehrwertsteuer und öffentliche Gebühren zu senken. Wenn man für einen Reisepass 60 Euro bezahlen muss, ist es ein Unterschied, ob man im Monat verdient oder 5.000 Euro.

**Europa und die Europäische Union machen vielen Menschen Sorgen...**

**Alexander Ulrich:** Mit Recht: Die EU hat sich zu einem Europa der Konzerne und der Reichen entwickelt, nicht zu einem Europa der Menschen. TTIP war der Versuch, demokratische Mitbestimmung zu unterlaufen und mit internationalen Verträgen Fakten zu schaffen, die mit nationalen Wahlen nicht mehr zu ändern sind. Wir befürworten als Partei DIE LINKE ein demokratisches und friedliches Europa, aber wir werden nicht tatenlos zusehen, wie in Jahrhunderten erkämpfte demokratische Rechte aufgegeben und zugunsten von mächtigen Wirtschaftslobbys abgeschafft werden.

**Katrin Werner:** Die EU darf kein Konstrukt werden, in dem immer nur die Minimalstandards gelten. Genau das ist aber in der Vergangenheit häufig geschehen. Der Abbau von Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist mit uns nicht zu machen, da arbeiten wir sehr eng mit den Gewerkschaften zusammen. Und es kann auch nicht sein, dass in einer der reichsten Regionen der Erde viel zu wenig getan wird, um Fluchtursachen zu bekämpfen und Geflüchteten Schutz zu bieten. Zuletzt musste man den Eindruck gewinnen, dass DIE LINKE die einzige Partei ist, die das Asylrecht aus dem Grundgesetz überhaupt noch ernst nimmt.

## Direktkandidatinnen und -kandidaten



**Brigitte Freihold**, unsere Abgeordnete im Bezirkstag Pfalz, kandidiert auf Listenplatz 3 der Landesliste und im Wahlkreis Pirmasens. Die 62-jährige Lehrerin ist auch Mitglied im Stadtrat Pirmasens und bei der GEW aktiv. Die Gleichstellung von Frau und Mann will sie mit ihrer Arbeit im Landesfrauenrat und innerhalb der Partei unterstützen.



**Jochen Bülow** kandidiert auf Platz 4 der Landesliste und ist Direktkandidat im Wahlkreis Neuwied-Altenkirchen. Der 52-Jährige ist Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im Kreistag und Mitglied bei ver.di. Daneben steht der Journalist dem Landesverband als Vorsitzender vor – ihm liegen die Themen Wirtschaft, Finanzen und Medien am Herzen.



**Manuela Holz** tritt auf Listenplatz 5 an und kommt aus dem Landkreis Birkenfeld. Sie engagiert sich als Vorsitzende der LAG Hartz IV und kennt die Problematik in den Pflegeberufen aus eigener Erfahrung. Die 52-Jährige ist Mitglied im Landesvorstand und ist auch im Bezirkserwerbslosenausschuss bei ver.di und in der Flüchtlingshilfe vor Ort aktiv.



**Maximilian Keck** ist einer der jüngsten Bewerber und stellt sich auf Listenplatz 6 zur Wahl. Der derzeit noch 19-jährige Schüler aus Böhl-Iggelheim ist im Jugendverband aktiv und tritt im Wahlkreis Neustadt/Speyer für die Partei an. Neben der Mitarbeit in unserem parteinahen Jugendverband [solid] steht er für konsequenten Antifaschismus.

## Der LINKE Wahltruck kommt

Mainz  
9. September  
12 Uhr

Ludwigshafen  
9. September  
17 Uhr



# Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinlein

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

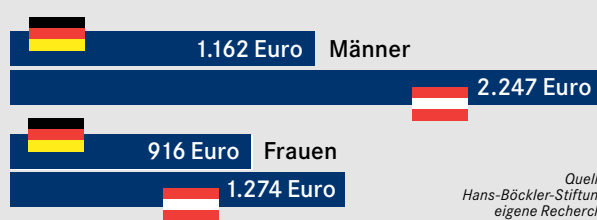
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

**Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich**  
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



## Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«  
**Bernd Riexinger,**  
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



## Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

## Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

**DIE LINKE will**

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



## Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

## Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

# Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«  
*Katja Kipping,  
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

### DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

# Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

# Politik darf nicht käuflich sein

DIE LINKE fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien

Eine halbe Million Euro überwies der Internetmilliardär Ralph Dommermuth vor wenigen Wochen der CDU als Wahlkampfunterstützung. Auch als Dank dafür, dass Angela Merkel Dommermuth kürzlich in eines ihrer Beratertgremien berufen hat? Das Signal jedenfalls ist klar: Politik kann man kaufen. Wer Geld hat, erhält Zugang zu denen, die entscheiden. Was ist schon eine Wählerstimme am 24. September gegen eine Lobbyistenspende von einer halben Million Euro?

**DIE LINKE ist die einzige Partei, die aus Prinzip keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten annimmt.** Im Jahr 2015 haben CDU, CSU, SPD und Grüne fast 11 Millionen Euro von Unternehmen und Verbänden erhalten, davon allein die beiden Unionsparteien 8,6 Millionen Euro. Im Bundestagswahljahr 2013 gab es sogar 20 Millionen Euro aus den Zentralen der Konzerne. Diese Gelder schließen einen fairen Wahlkampf faktisch aus. Nicht nur die Verbreitung von falschen Nachrichten (Fake News) und ähnliche Dinge sind ein Problem für Fairness im Wahlkampf, sondern auch die Finanzierung über Unternehmensspenden ist höchst kritisch zu sehen. Für

**Top Ten der Spender aus der Wirtschaft**

Zahlungen 2011 bis 2015\*

	DIE LINKE	Grüne	FDP	SPD	CSU	CDU
vbm Bayerische Metall- und Elektro-Industrie	0	165.000	360.000	220.000	2.066.642	0
BMW	0	113.818	418.186	324.225	437.594	797.989
DVAG (Finanzbranche)	0	60.000	343.000	125.000	0	1.563.000
Daimler	0	210.000	170.000	600.000	210.000	600.000
Südwestmetall (u. a. Rüstungsindustrie)	0	390.000	330.000	280.000	0	651.000
VCI Verband der Chemischen Industrie	0	63.500	208.000	269.000	0	459.000
Evonik (Chemieindustrie)	0	0	160.000	360.000	75.000	310.000
Allianz	0	170.001	130.001	170.001	140.001	170.001
Dr. August Oetker KG	0	22.000	55.000	22.000	64.000	606.000
Metall NRW (Metallarbeitsgeberverband)	0	45.000	170.000	120.000	0	395.000
<b>Gesamt</b>	<b>0</b>	<b>1.239.319</b>	<b>2.344.187</b>	<b>2.490.226</b>	<b>2.993.237</b>	<b>5.551.990</b>

\* ohne Spenden der FDP aus dem Jahr 2015

Quelle: LobbyControl

Matthias Höhn, Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, ist das eine grundsätzliche Frage: **»Konzernspenden schaden der Demokratie insgesamt.** Wer die Käuflichkeit der Politik nicht beenden will, braucht sich über den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie nicht wundern.« Auch die Grünen nehmen Spenden von Auto- und Versi-

cherungskonzernen an. Selbst bei der Rüstungsindustrie haben sie offensichtlich keine Berührungängste: Von 2011 bis 2015 erhielten sie 390.000 Euro von Südwestmetall. Das ist ein Arbeitgeberverband, in dem etliche Rüstungsfirmen, zum Beispiel auch Heckler & Koch, vertreten sind, die ihre Waffen weltweit in Krisen- und Kriegsgebiete exportieren.

Konzernspenden verzerren den politischen Wettbewerb und machen Politik käuflich. DIE LINKE will dieser Praxis einen Riegel vorschieben. **Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden an Parteien gehören verboten.** Spenden von Privatpersonen wollen wir auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen. Statt sich von Lobbyisten abhängig zu machen, setzt DIE LINKE auch

im Wahlkampf auf das Engagement ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer von »Linksaktiv 2017« und auf viele kleine Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die die Partei unterstützen. Ziel der Spendenkampagne der LINKEN im Wahljahr sind ebenfalls 500.000 Euro: aber nicht von Herrn Dommermuth, sondern von allen, die sich eine starke LINKE wünschen.

## Gute Gewinne sind möglich

DIE LINKE will Gewinne höher besteuern – denn warum sollen Kapitaleinkünfte niedriger besteuert werden als Löhne? Die Gewinne unseres Preisausschreibens allerdings sind steuerfrei – völlig zu Recht, denn sie sind fair gehandelt, ökologisch, einfach schön oder machen klüger.

- 1. Preis: Fairphone 2:** zeichnet sich durch faire Preise aus – für die Produzierenden.
- 2. Preis: Diamant Fahrrad Topas Villiger:** überzeugt mit hochwertigen Details wie der Nexus 8-Gang-Nabenschaltung.
- 3. Preis: Marx-Figur:** Ottmar Hörls Skulptur würdigt den großen Denker.
- 4.-10. Preis: Linkes Buchpaket**



Lösung des Kreuzworträtsels bis zum 1. Oktober an: DIE LINKE, Wahlquartier Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin oder per E-Mail an: wahlquartier@die-linke.de

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

Stecken	LINKE-Politikerin (Vorname)	Beinkleid	Laubbaum	Laut	Fläche	Behauptung
Anrede	Gebäude Imperium (engl.)	bibl. Garten	Mittel-europäer	Tierkadaver	Abbau von Waffen	
laot. Fluss	Internat am Bodensee					
Scheibe (engl.)	kleiner Betrug					
Segelstange						
Gallertmasse	nieder-sächs. Fluss	jamaik. Musikstil	Hautfalte	Hirtengott span. Strom	Zorn (lat.)	Schwimmvogel
Volks-herrschaft	Lichtbild	Ganove	Programmier-sprache	Weid-werk Nordwest-europäer	trop. Kröte	Nä-h-zubehör
Säugetier	röm. Fußball-club				Medizi-ner	jap. Buddhis-mus
LINKEN Kern-kompe-tenz	Pumuckls Meister				Geburts-ort von Marx	
					Roman von Zola	

## Gib's uns!

Unterstützen Sie uns mit einer Spende an DIE LINKE Berliner Volksbank eG IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00 BIC: BEVODEBB Kennwort: Spende oder: [www.die-linke-spende.de](http://www.die-linke-spende.de)

## Die Hürde!

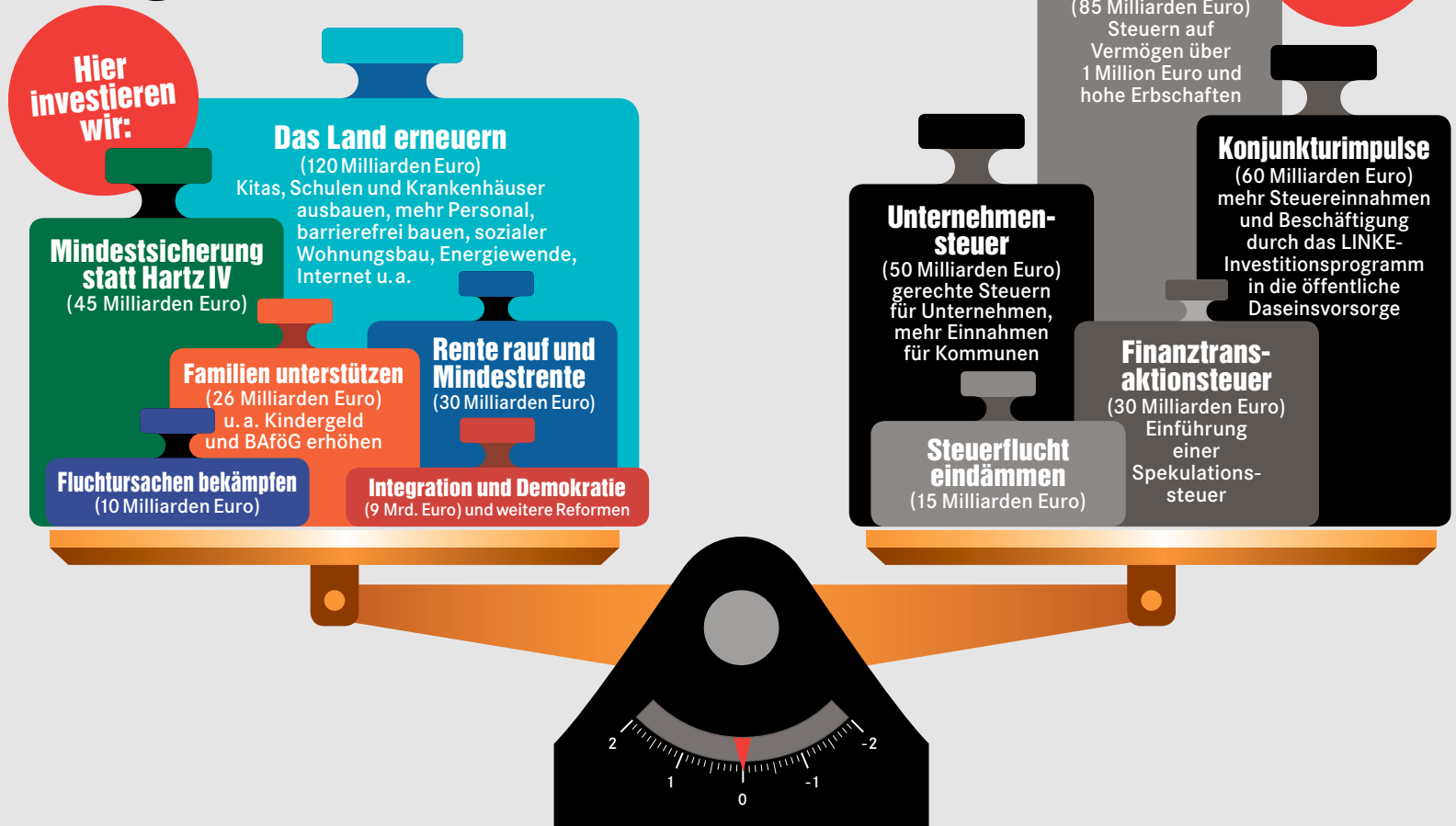
Ob Gipfel, Bundestagswahl oder die alltäglichen Zumutungen des Alltags im Kapitalismus: Wir sind nah dran! Und mit dem Kombi-Miniabo jetzt besonders erschwinglich für Ihre „Erstentscheidung“!

**Kombi-Miniabo:** 4 Wochen digital + Wochenendausgabe in die Hand für **9,90€**

Tel. (030) 29 78 18 00 [neues-deutschland.de/abo](http://neues-deutschland.de/abo)

Impressum: Zeitung zur Bundestagswahl 2017, Auflage Rheinland-Pfalz: 255 000, Redaktionsschluss: 7. Juli 2017, Herausgeberin: DIE LINKE 030/24 00 99 99, [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) V.i.S.d.P. Matthias Höhn, Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Eversfrank Berlin

# So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



## Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungssteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



### Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



**Ergreif Partei für eine bessere Zukunft!**  
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:  
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
linksaktiv@die-linke.de  
Telefon: 030/24009-111  
**www.linksaktiv.de**